

Stets fragen: Demokratie für wen?

Politiker und Medien der BRD lassen keine Gelegenheit aus, die bürgerliche Demokratie als vollkommen, als wahre Volksherrschaft darzustellen und anzupreisen. Doch zeigt die bundesdeutsche Wirklichkeit nicht, daß sich die Demokratie in diesem Lande gegen das Volk richtet?

Werner Bretschneider

Propagandist, VEB Zweizylinderspinnerei Werdau

Unsere Partei läßt sich von Lenins Hinweis auf den Klassencharakter jeder Demokratie leiten. Stets ist zu fragen: Demokratie für wen, für welche Klasse, in wessen Interesse? Eine „reine“, gleichsam über den Klassen und dem Klassenkampf stehende Demokratie ist eine Illusion. Der gegensätzliche Klassencharakter von sozialistischer Demokratie und bürgerlicher Demokratie tritt gerade auf deutschem Boden offenkundig zutage.

Wie in jedem kapitalistischen Land erweist sich auch in der BRD die bürgerliche Demokratie entgegen aller Demagogie westlicher Meinungsmacher als Instrument zur Aufrechterhaltung und Ausübung der Macht der herrschenden Klasse, der imperialistischen Monopolbourgeoisie. Das belegen folgende Tatsachen: Ganz im Gegensatz zur DDR sind Abgeordnete in der BRD ihren Wählern nicht rechenschaftspflichtig und in keiner Weise aberufbar. Im Bonner Bundestag sind zudem Arbeiter, Bauern und andere Werktätige völlig unterrepräsentiert. Nur 1 Prozent der Abgeordneten sind dort Arbeiter, 2 Prozent Hausfrauen und Rentner, 4 Prozent Landwirte, aber 25 Prozent Selbständige, 25 Prozent Beamte im öffentlichen Dienst, 17 Prozent Lehrer und Wissenschaftler. Als Farce erweisen sich Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten, wenn durch Mißachtung des Wählerwillens allein die Interessen des Großkapitals und der Rüstungskonzerne durchgesetzt werden. Davon zeugt die Bestechung von Politikern in 14 Ländern durch den Lockheed-Rüstungskonzern ebenso wie die skandalöse „Parteispenden“-Af-

färe des Flick-Konzerns in der BRD.

Daß die bürgerliche Demokratie nur eine formale Demokratie ist, kommt auch in Befragungen der BRD-Bürger deutlich zum Ausdruck. Auf die Frage, ob Freiheit der Meinungsäußerung in der BRD auch verwirklicht werde, antworteten 64 Prozent mit Ja. Bei der Frage nach Verwirklichung der Gleichheit der Bildungschancen waren es nur 34 Prozent, bei der Frage nach Gleichheit vor dem Gesetz 31 Prozent und bei der Frage nach Beteiligung an allen wichtigen Entscheidungen nur 15 Prozent. Während in der DDR der Faschismus mit seinen Wurzeln ausgerottet ist, beweisen jüngste Wahlergebnisse in Berlin (West) und der BRD, daß bürgerliche Demokratie heute und gerade in der BRD ein Aufleben von Neofaschismus den Einzug von Neofaschisten in Parlamente ermöglicht. In diesem Zusammenhang wird offenbar, was das Gerede der bürgerlichen Meinungsmacher, die Verherrlichung des parlamentarischen Wechselspiels von Regierung und Opposition wert sind. Noch in keinem kapitalistischen Land hat es zu einer Veränderung des politischen Machtssystems der Monopole geführt, noch nirgends hat es den wahren Volksintessen zum Durchbruch verholfen, während es den reaktionärsten Kräften - wie das Aufleben des Neofaschismus in der BRD zeigt - Raum verschafft.

In der DDR wurden sowohl zur Verfassung selbst als auch zu weiteren grundlegenden Gesetzen umfassende Volksaussprachen durchgeführt. Im Grundge-

setz der BRD gibt es nicht einmal den formal-rechtlichen Ansatz für entsprechende Volksdiskussionen. Mehr noch: Als demokratische Kräfte in der BRD Anfang der 80er Jahre eine Volksbefragung über die Stationierung von Mittelstreckenraketen organisierten, wurde diese polizeilich verboten und unter Strafe gestellt. Obwohl das INF-Abkommen zur Beseitigung der Mittelstreckenraketen inzwischen in Kraft getreten ist, werden in der BRD nach wie vor zahlreiche Raketengegner vor Gericht gestellt, mit hohen Strafen belegt und ins Gefängnis geworfen. Und das nur, weil sie für diesen ersten wirklichen Abrüstungsvertrag aktiv eintraten, weil sie in der Frage anders denken, als es den Interessen des Militärisch-Industriellen Komplexes und seiner politischen Lobby entspricht und weil sie diese Meinung frei kundtaten. So wurde bisher in der BRD über 7 000 Raketengegnern der Prozeß gemacht, und Hunderte weitere Verfahren stehen noch aus.

In der DDR gilt der Grundsatz „Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“. Für die Gewerkschaften in den imperialistischen Ländern gibt es keine freie gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb. Ende 1988 wurde zum Beispiel im Bonner Bundestag eine Änderung des sogenannten Betriebsverfassungsgesetzes durchgesetzt, durch die die DGB-Gewerkschaften aus dem Betrieb gedrängt werden sollen. Die Gewerkschaften sind weder in den Kommunalparlamenten noch im Bundestag vertreten, haben folglich kein Mitbestimmungsrecht und kein Recht auf Gesetzesinitiative.

Wie also die Tatsachen in der Welt des Kapitals beweisen, ist die bürgerliche Demokratie durch den engen Rahmen der kapitalistischen Ausbeutung stets eingeeengt und bleibt daher im Grunde genommen stets ein Demokratismus für die Minderheit, nur für die besitzenden Klassen, nur für die Reichen.

A. P.